

lungen abzuwarten, von vornherein droht, die Flucht in die Öffentlichkeit zu ergreifen. Durch noch so laute Pressepolemiken werden die wirtschaftlichen Verhältnisse schwerlich geändert und die nun einmal vorhandenen Schwierigkeiten nicht behoben. Wohl aber ist zu erwarten, daß der Lärm noch mehr Bücherkäufer scheu machen und den Absatz gerade wissenschaftlicher Literatur schädigen wird. So werden es letzten Endes die Autoren selbst sein, die die eingeworfenen Fensterscheiben mit zu bezahlen hätten. Der Buchhandel aber ist ungerechte Angriffe in der Öffentlichkeit schon so sehr gewohnt und an bitteren Erfahrungen so reich, daß jene Drohung auf ihn keinen Eindruck zu machen vermag.

Es trifft auch nicht ganz zu, wenn ebenfalls im Tone der Anklage behauptet ist, der Börsenverein habe der Bitte, die Wiener Eingaben seinerzeit seinen Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen, nicht entsprochen. Zunächst muß doch wohl jedem Vereinsvorstand die Entscheidung überlassen bleiben, ob er derartige Bitten überhaupt oder in welcher Form er sie erfüllt. Solche Anliegen tragen üblicherweise schwerlich jemals die Form ultimativer Forderungen. Wir müssen jedenfalls aufs entschiedenste Verwahrung dagegen einlegen, wenn unsere Unabhängigkeit und Gleichberechtigung in dieser Weise in Frage zu ziehen beabsichtigt gewesen sein sollte. Bei der von vornherein erkennbaren Unerfüllbarkeit der Wiener Wünsche seinerzeit konnten wir uns von einer Weiterleitung an unsere einzelnen Mitglieder beim besten Willen nichts versprechen. Die angeschnittenen Fragen gingen überhaupt nicht unsere sämtlichen Mitglieder, sondern lediglich den Verlag an. Dem Verlegerverein aber haben wir die Fragen unterbreitet, und in den »Vertraulichen Mitteilungen« des Verlegervereins ist dazu Stellung genommen worden, sodaß die Angelegenheit sehr wohl zur Kenntnis unserer Mitglieder gekommen ist.

Die Empfindlichkeit der Wiener Akademie nimmt uns im übrigen um so mehr wunder, als sich Deutschösterreich bisher wahrhaftig nicht über mangelndes Entgegenkommen des deutschen Buchhandels zu beklagen hatte. Im vollen Gefühl der Zusammengehörigkeit und im Bestreben, das hart getroffene Deutschland in Österreich in jeder Weise zu stützen, hat der deutsche Buchhandel Deutschösterreich in der ganzen Inflationszeit tatsächlich als Inland behandelt und in der Zeit der Ausfuhrkontrolle in der Kursbehandlung bis zuletzt in jeder Weise bevorzugt. Das ging so weit, daß der deutsche Buchhandel dadurch tatsächlich beträchtlichen Schaden erlitten hat. Bekanntlich hat sich sehr bald in Deutschösterreich ein umfangreiches Schiebertum entwickelt, das die unter Ausbeutung des deutschen Entgegenkommens für das bedrängte Brudervolk in Österreich billig eingekauften Bücher in großen Mengen namentlich nach der Schweiz, aber auch sonst ins Ausland weitervertrieb, den regulären Buchhandel durch Unterbietungen schwer schädigend, selber aber beträchtliche Zwischengewinne einstreichend. Lange hat der deutsche Buchhandel dem Treiben völlig wehr- und machtlos zusehen müssen, da eine entsprechende Ausfuhrkontrolle in Österreich nicht zu erreichen war. Auch als man endlich zur Notwehr greifen mußte, wurde alles versucht, dem deutschen Bücherkäufer in Österreich selbst die alte Vorzugsstellung zu erhalten. Als dann die Stabilisierung der Krone Österreich Deutschland gegenüber in Vorteil brachte, wurde es immer noch in der Kursbehandlung bevorzugt, obwohl nun bald der Zustand eintrat, daß man deutsche Bücher in Österreich weit billiger kaufen konnte als in Deutschland selbst. Das aber war ein Verhältnis, das der deutsche Buchhandel auf die Dauer nicht verantworten konnte. So schwer der Stand des Deutschlands in Österreich sein mag, so sehr es unseres vollen Mitgeföhls versichert sein darf und so gern auch der deutsche Buchhandel es nach Kräften zu unterstützen bereit ist, er kann dabei nicht übersehen, daß unser eigenes Volk genau so schwer getroffen ist; ja, im Grunde ist unser Schicksal noch viel härter als das Deutschösterreichs. Unter diesen Umständen kann es der deutsche Buchhandel nicht verantworten, daß der Deutsche im Reich sein deutsches Buch jetzt teurer bezahlen sollte als der Deutschösteirer. Es war lediglich die naturnotwendige Folge der Sta-

bilisierung der Mark, daß die weiteren Bevorzugungsmöglichkeiten Deutschösterreichs aufhören mußten. So sehr hatte man sich dort aber an die Bevorzugung gewöhnt, daß die Wiederherstellung lediglich eines Zustandes, wie er vor dem Kriege selbstverständlich war, jetzt als Unrecht empfunden und dem Buchhandel als Böswilligkeit ausgelegt wurde. Die frühere Bevorzugung hat man in Deutschösterreich als Selbstverständlichkeit betrachtet, vielleicht gar an eine Verpflichtung Deutschlands dazu gedacht. So sollte man es unseres Erachtens jetzt als eine Selbstverständlichkeit, wenn nicht vornehme Pflicht ansehen, mit dem gesamten deutschen Volk lediglich gleiche Last zu tragen.

Wir fassen zusammen:

1. Nähere Prüfung ergibt, daß die heutigen Preise wissenschaftlicher Literatur in Deutschland im Durchschnitt nicht 30—50, sondern höchstens etwa 20—30% über den Vorkriegspreisen liegen.

2. Angesichts der Verteuerung der Herstellungs- und Betriebskosten kann unter diesen Umständen davon, daß das deutsche Buch absolut zu teuer sei, keine Rede sein. Also können auch dem Buchhandel Opfer über die hinaus, die er bereits bringt, nicht zugemutet werden.

3. Daß gleichwohl das deutsche Buch in manchen Gebieten des Auslands wie in Deutschösterreich und den Balkanländern manchen Kreisen relativ zu teuer erscheint, ist eine Folge der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, die einseitig zu ignorieren oder abzuändern der Buchhandel außerstande ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorstand des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig.

Mag R ö d e r, Erster Vorsteher.

Anlage B.

Aus einer Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium vom 2. November 1923.

(Zu beachten ist, daß die hier genannten Grundzahlen in der Hauptsache den heutigen Goldmarkpreisen entsprechen dürften.)

... Dabei ist aber zu betonen, daß es sich bei den Abweichungen im Buchhandel durchaus nicht immer nur um Überschreitungen der Friedenspreise nach oben handelt, es kommen mindestens im gleichen Umfang, wie unsere Erhebungen ergeben haben, auch unter den Friedenspreisen liegende Grundzahlen vor, sodaß im Durchschnitt für die Gesamtmasse des deutschen Buches die Feststellung doch zutreffend sein wird, daß Grundzahlen und Friedenspreise, wo nicht besondere Verhältnisse vorliegen, übereinstimmen. Wir haben seinerzeit eine ganze Reihe von Verlegern, und zwar wissenschaftliche und andere, größere, mittlere und kleinere Betriebe befragt und dabei u. a. zum Beispiel folgende Antworten erhalten: Grundzahlen meist weit unter der Hälfte der Friedenspreise; aus Halle: sämtliche Grundzahlen unter den Friedenspreisen, zum größten Teil um die Hälfte; weiter aus Halle: Vogenpreis im Frieden 20 bis 40 Pf., heute 15 bis 25 Pf.; aus München: bei 400 Werken Grundzahl = Friedenspreis, bei 20 unter dem Friedenspreis, bei keinem darüber; aus Berlin: im allgemeinen gleich, in sehr vielen Fällen Grundzahl 10% und mehr unter dem Friedenspreis, dazu folgende Vogenpreis-Vergleiche:

Frieden	49.8	53.3	1.31	72.2	38.7	37.6	39.4	40.8
1923	43.5	44.4	1.71	42.4	44.9	27.—	37.—	53.—

Aus Hannover: Grundzahlen niedriger als Friedenspreise; aus Breslau: in einer Verlagsproduktion von 1200 Nummern 6 unter Friedenspreis, 12 darüber, bei allen anderen Grundpreis = Friedenspreis; von einer schlesischen Verlegergruppe: Fälle über Friedenspreis verschwindend gering, mindestens ebenso viele darunter, auch bei Belletristik; aus Berlin: in der Verlagsproduktion 4—5000 Werke mit Grundzahl = Friedenspreis, wenige Ausnahmen mit Sonderlage nach oben, aber auch Ausnahmen nach unten; aus Tübingen: Vogenpreis 1922: 32 Pf., 1923: 40 Pf.; aus Berlin von einem anderen Verlag: aus einem Auswahlkatalog der gangbaren Werke war bei 492 Büchern Grundzahl = Friedenspreis, bei 118 Büchern der Friedenspreis höher als die Grundzahl, bei 34 die Grundzahl höher als der Friedenspreis. Daß dies Bild allgemein zutrifft, bestätigte ganz vor kurzem noch die Mitteilung einer großen Versandbuchhandlung, die u. a. schrieb: »Auf Grund umfassender Vergleiche der derzeitigen Grundzahlen mit den